



**Gemeinderat Graz:
Damit Sie wissen, was im Rathaus vorgeht!**

Gemeinderatssitzung 18. Jänner 2018



GRAZ
www.kpoe-graz.at

KPO informiert:

Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs

REHA nach Herzinfarkt

Gemeinderat stimmt für Gleichbehandlung von Pensionisten

Die steirische Gebietskrankenkasse (GKK) zahlt die ambulante sogenannte Phase-III-Reha für Pensionisten, die einen Herzinfarkt erlitten haben, nicht mehr. Für Berufstätige werden die Kosten für diese Therapie von der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) übernommen.

„Diese Diskriminierung von Pensionistinnen und Pensionisten kann so nicht hingenommen werden“, so KPÖ-Gesundheitssprecherin **Elke Heinrichs**. Deshalb stellte sie den Antrag im Gemeinderat, diesen Missstand zu beheben. Der Antrag wurde einstimmig angenom-



men. Jetzt wird die Stadt Graz die Versicherungsanstalten auffordern, in diesem Sinne zu handeln. „Es freut mich, dass Sie sich für eine gleichwertige Behandlung von Pensionisten und Berufstätigen ausgesprochen haben“, zeigte sich Heinrichs erleichtert.

Dass es auch anders geht, zeigt Kärnten vor. Dort zahlt die GKK die Herzinfarkt-Reha sowohl für Berufstätige als auch für Pensionistinnen..

Fernwärmepreis steigt um 5,6 %

Ab Juni wird das Heizen mit Fernwärme für alle Grazer um 5,6 % teurer. Auch danach wird es bis 2022 jährlich weitere Erhöhungen geben. Das haben FPÖ und ÖVP im Gemeinderat beschlossen. „Damit werden die ohnehin jetzt schon hohen Wohnkosten weiter verteuert“, sagte KPÖ-Gemeinderätin **Sahar Mohsenzada**. Im Jänner haben ÖVP und FPÖ die Kanal- und Müllgebühren um 2,4%



angehoben, ab März werden die Kategorie-mieten um über 5% erhöht. „Angesichts der Situation am Grazer Wohnungsmarkt und der hohen Wohnkosten ist es besonders verwerflich, den Grazerinnen und Grazern ständig steigende Gebühren aufzubürden. Wenn es so weitergeht, werden Betriebs- und Heizkosten bald höher als die Mieten selbst sein“, warnt die Gemeinderätin.

KOMMENTAR



Stadt für Menschen

Liebe Grazerin!
Lieber Grazer!

Es gibt niemanden, der nicht mit dem Verkehr zu tun hätte: Als Fußgänger, Radfahrer, Nutzer von Bus und Tram oder als Autofahrer.

Gleichzeitig ist das Thema Verkehr in einer ständig wachsenden Stadt und bei sehr beschränkten Budgetmitteln keine Angelegenheit, bei der es eine Patentlösung gibt, die alle sofort zufriedenstellt.

Im vergangenen Jahr haben wir einiges für den Autoverkehr getan – Stichworte Südgürtel und Weblinger Kreuz – gleichzeitig haben wir besondere Schwerpunkte auf den Öffentlichen Verkehr und auf Verbesserungen für Radfahrer und Fußgänger gelegt. Wir wollen ja eine Stadt für Menschen sein.

Dabei ist es wichtig, dass auch „kleine“ Maßnahmen, die im Einklang mit der betroffenen Bevölkerung stehen, eine besondere Bedeutung haben.

Deshalb suche ich das Gespräch mit den Menschen und bin dankbar für alle Anregungen. Verkehrspolitik darf nämlich nicht ausschließlich am Reißbrett entworfen werden.

Wichtig ist aber auch etwas anderes, nämlich Geduld. Das merke ich bei der fast unendlichen Geschichte des Ausbaus unseres Straßenbahnnetzes. Aber das ist eine andere Geschichte.

STADTRÄTIN ELKE KAHR

Rathaus, 2. Stock, Tür 236, Tel. 0316 / 872-20 60

HILFE!

Wohnen ist

zu teuer

0316

**MIETER
NOTRUF
717108**

Mieterhöhung für Gemeindewohnungen aussetzen!

Aufgrund der von der Bundesregierung beschlossenen Erhöhung der Kategoriemieten droht ab März eine Erhöhung der Mieten für Gemeindewohnungen um mehr als 5 Prozent. „Die Stadt Graz hat es in der Hand, diese Erhöhungen nicht



mitzumachen“, sagt Gemeinderat Klubobmann **Manfred Eber**. Er richtete im Gemeinderat an Vizebürgermeister Eustacchio den dringenden Appell, die Mietzinserhöhung für Mieterinnen von Gemeindewohnungen auszusetzen.

Leben in vertrauter Umgebung

Damit ältere Menschen möglichst lang in ihrer gewohnten Wohnumgebung bleiben können, gibt es ein breites ambulantes Dienstleistungsangebot. „Bis zu 1.651 Menschen neh-



men diese Leistungen monatlich in der einen oder anderen Form in Anspruch“, berichtete Pflegestadtrat **Robert Krotzer** (KPÖ) im Gemeinderat, der beschlossen hat, dass die Stadt Graz 2018 fast 2,8 Millionen Euro dafür in die Hand nehmen wird. Krotzer nutzte die Gelegenheit,

um allen Beschäftigten in diesem Bereich zu danken. „Sie sind tagtäglich für Menschen da.“

Eine altersgerechte Wohnsituation mit konkreter Betreuungsleistung – das bietet das sogenannte Betreute Wohnen. 285 Plätze an 16 Standorten gibt es derzeit in Graz. Die Kosten für diese Wohnform trägt, neben einer sozial gestaffelten Eigenleistung, die öffentliche Hand. „Für 2018 hat der Grazer Gemeinderat dafür 240.000 Euro reserviert“, freut sich Krotzer.

Futterspenden für armutsgefährdete Tierhalter

Die eigene Katze oder der eigene Hund sind für viele Menschen eine wichtige Stütze. Jedoch können viele Menschen in Notlagen die Kosten für die Haustierhaltung häufig kaum bestreiten. „Deswegen sollten Sozialprojekte, wo Futterspenden und Tierzubehör abgegeben und an armutsgefährdete Tierhalterinnen weitergereicht werden, von der Stadt unterstützt werden“,



wünscht sich KPÖ-Gemeinderätin **Sigrid Zitek**, die einen entsprechenden Antrag im Gemeinderat eingereicht hat. Der zuständige Stadtrat Eustacchio (FPÖ) wollte aber von der Unterstützung kleiner Vereine nichts wissen und verwies lediglich auf die Arche Noah, die von der Stadt Graz subventioniert wird.

Weitere Initiativen der KPÖ im GRAZER Gemeinderat (18.1.2018)

- ⇒ Anweisung von Heizkostenzuschuss und Weihnachtsbeihilfe – GRin Uli Taberhofer
- ⇒ S-Bahn-Haltestelle Schönaugasse – GR Christian Sikora

GKB Ausbaupläne

Offenbar gibt es Bestrebungen, dass das GKB-Netz zwischen der Weststeiermark und Graz weiter ausgebaut wird: Zweigleisigkeit, Park&Ride-Möglichkeiten, zusätzliche Haltestellen... „Für die unmittelbar an der GKB-Strecke wohnende Bevölkerung des Grazer Süd-Westens ist es von besonders großem Interesse, schon jetzt genauere Infor-

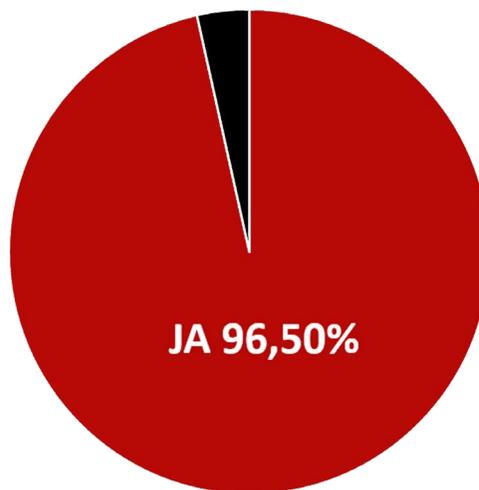
mationen zu den genannten Ausbauplänen zu erhalten“, wendete sich KPÖ-Gemeinderat Kurt Luttenberger an Bürgermeister Nagl, um die Bevölkerung über die geplanten Maßnahmen zu informieren.



96,5% für den Erhalt von Alt-Grottenhof

96,5% der Wetzelsdorfer haben sich bei der Volksbefragung am 14. Jänner für den Erhalt der wertvollen Flächen von Alt-Grottenhof ausgesprochen. Vor allem die Wahlbeteiligung von über 30% ist sensationell. Trotzdem haben sich ÖVP, SPÖ und FPÖ im Landtag für einen Verkauf des Areals ausgesprochen. Landesrat Seitinger (ÖVP) begründete das damit, dass sonst der wichtige Ausbau der Landwirtschaftlichen

Fachschule Grottenhof nicht gewährleistet und die Existenz der Schule daher gefährdet sei. „Mich erinnert diese Argumentation an den Bauern, der seine letzte Kuh verkauft, um sich eine Melkmaschine anzuschaffen“, schüttelt KPÖ-Stadträtin **Elke Kahr** den Kopf. „Wenn der Wille beim Land Steiermark gegeben ist, wird es die Gelder geben, ohne dass diese Flächen verkauft werden müssen“, so Kahr.



Die Fakten zur Volksbefragung

Die Frage lautete:

„Möchten Sie, dass die Ackerfläche von Alt-Grottenhof (zwischen Grottenhofstraße und Krottendorfer Straße, Grundbuchnummer: 94/2) zur Gänze als Freiland im Flächenwidmungsplan der Stadt Graz erhalten bleibt?“

- in 15 Wahlsprenkeln wurde gewählt
- 12.447 wahlberechtigte WetzelsdorferInnen
- Hohe Wahlbeteiligung von 30,83%
- 3.837 abgegebene Stimmen
- 3 ungültige Stimmen
- 3.700 Menschen stimmten mit JA (96,5%)
- 134 Menschen stimmten mit NEIN (3,5%)